



„Wir sind weder die Interessenvertretung der Türkei noch der türkischen Regierung“: Gökay Sofuoğlu würde gern mehr über Themen sprechen, die die Deutschtürken im Alltag bewegen.

FOTO: SCHULZ

Als Türken moderat sein – geht das noch?

Am Wochenende wollen Zehntausende demonstrieren: Der Konflikt um Erdogan wird auch auf deutschen Straßen ausgetragen

VON MARINA KORBBAKI

Das Gras in seinem Garten hatte es eilig mit dem Wachsen, also warf Gökay Sofuoğlu wieder den Rasenmäher an. Eigentlich war es das falsche Wetter zum Rasenmähen. Es war das falsche Wetter für Bewegungen jeglicher Art, denn der Stuttgarter Talkessel hatte sich mal wieder mächtig aufgeheizt, fand Gökay Sofuoğlu. Und das fand offenbar auch sein Nachbar. Der nämlich schickte folgende Frage über den Gartenzaun: „Ist es bei euch eigentlich auch so heiß?“ „Mensch, ich bin dein Nachbar!“, entgegnete Gökay Sofuoğlu, wobei er natürlich ahnte, dass „bei euch“ nicht den schwäbischen Flecken Erde unter seinen Füßen meinte, sondern das Land seiner Eltern. Die Türkei.

Gökay Sofuoğlu nimmt es mit einiger Gelassenheit, dass er auch nach 36 Jahren in Deutschland immer noch als Fremder angesehen wird. Es ist für ihn Routine, so manchem Deutschen immer wieder zu erläutern, dass auch Leute wie er dazugehören. Seine jahrzehntelange Arbeit als Sozialpädagoge kommt ihm dabei sicherlich zugute. Neu ist allerdings, dass ausge-rechnet Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in ihm, dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde Deutschland, keinen der Ihren sehen. Dass sie ihren ranghöchsten Interessenvertreter als Fremden wahrnehmen und ihn persönlich, per Mail und in Netzwerken fragen: „Wer bist du, dass du für mich sprichst?“ Dass sie ihn auf Veranstaltungen beschimpfen, weil er sich mit „Verrätern“ wie dem Grünen-Vorsitzenden Cem Özdemir und der Integrationsbeauftragten Aydan Özoguz trifft.

Bei Tee und einer Schale Sonnenblumenkernen in Berlin-Kreuzberg hält Gökay Sofuoğlu fest: „Es ist zurzeit sehr schwierig, moderater Türke zu sein.“

Ein Riss geht nach dem Putschversuch durch die türkische Gesellschaft, und er reicht bis nach Deutschland. Die Spaltung der Türken in Anhänger und Gegner des

Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan ergreift auch viele der hier lebenden rund drei Millionen Türkeistämmigen. Die Identifizierung mit dem Land der Eltern oder Großeltern ist nach wie vor sehr groß, was die türkische Regierung auf ihre Weise fördert. Die mit der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP eng vernetzte

Es nervt, ständig Erdogan kommentieren zu müssen.

Gökay Sofuoğlu,
Vorsitzender der
Türkischen Gemeinde

Union Europäisch-Türkischer Demokraten lädt für Sonntag unter der Losung „Ja zur Demokratie. Nein zum Staatsstreich“ zu einer Demonstration nach Köln, wo sie ihren Sitz hat. Die Organisatoren rechnen mit 15 000 Teilnehmern, was inmitten der Urlaubszeit zwar ein ambitioniertes, aber erreichbares Ziel ist. Schließlich vermag Erdogans AKP über den Islamverband Ditim und seine mehr als 900 Moscheegemeinden die hier lebenden Türken direkt anzusprechen. Und dass Erdogan in Deutschland viele Freunde hat, war zum Beispiel 2014 zu erleben, ebenfalls in Köln, wo er in der Lanxess-Arena 15 000 Menschen begeisterte.

Nordrhein-Westfalens Polizei hat für den Sonntagmittag Dolmetscher engagiert, die ihr die türkischen Transparente übersetzen sollen. Innenminister Ralf Jäger kündigt „rigoroses Einschreiten“ im Fall von Randalen an, was angesichts der Vielfalt der Gegendemonstranten nicht ausgeschlossen ist. Die Antifa kommt, die Rechtsextremen von „Pro Köln“ werden auch erwartet. Zur Gegendemo haben auch die Jugendorganisationen der großen Parteien aufgerufen. Juso-Chefin Johanna Uekermann will das nicht als antitürkischen Akt verstanden wissen. „Diese Demo ist ein wichtiges Signal der Solidarität an alle, die sich für Demokratie und Menschenrechte starkmachen – hier und in der Türkei“, sagt

sie. „Wie im Wahn säubert Erdogan nach dem Putschversuch den Staat und beseitigt alle vermeintlichen Gegner.“

Die wiederum halten sich auffallend zurück. Zu groß ist ihre Sorge, missverstanden zu werden als Unterstützer des Putschversuchs. Die kurdische Gemeinde etwa, die bis vor Kurzem keine Gelegenheit zur Demonstration ausließ und angesichts des Krieges im Südosten der Türkei guten Grund zum Protest hätte, will sich am Sonntag in Köln gar nicht erst blicken lassen. „Wir rechnen mit Krawall und möchten keinen Anlass bieten, die Kurden hinterher als Krawallmacher darzustellen“, sagt Mehmet Tanriverdi von der Kurdischen Gemeinde Deutschland. „Die Kurden brauchen jetzt die Sympathien möglichst vieler.“

Auch die Türkische Gemeinde hält sich fern von der Kölner Kundgebung für Erdogan. Als Sprecher des pluralis-

tischen Zusammenschlusses von bundesweit 200 Einzelvereinen mit recht spezifischer Interessenlage muss Gökay Sofuoğlu seine Worte wägen. Aber in diesen Tagen muss Diplomatie hintanstellen. Sofuoğlu warnt: „Viele, was die Menschen jetzt auf den Straßen der Türkei fordern, wird wohl auch in Köln zu hören sein.“

Er hegt Zweifel an den demokratischen Absichten dahinter. „Diese Kundgebungen in der Türkei haben inzwischen wenig mit der Aufarbeitung des Putschversuchs zu tun, es geht da nicht um den Schutz der Demokratie. Dort wird ein anderes politisches System gefordert, das unter anderem Misshandlungen, die Todesstrafe und separate Friedhöfe für vermeintliche Verräter legitimiert.“ Bei der letzten Wahl zum türkischen Parlament stimmten knapp 60 Prozent der Wähler in Deutschland für die Er-

dogan-Partei AKP. Viele dieser Menschen fühlen sich von Sofuoğlu Organisation nicht mehr repräsentiert. Er gibt sich entschlossen: „Wir dürfen uns nicht von demokratischen Werten entfernen.“

Seit einigen Monaten wird beinahe jede Regung der türkischen Innenpolitik in der deutschen Öffentlichkeit verhandelt. Wann immer Erdogan Seltsames sagt oder beschließt, klingelt Sofuoğlu Telefon. Er soll dann deutschen Medien erläutern, was der Präsident gegen Satiriker hat, was ihn an der Verfassung stört, was er meint, wenn er Bluttests für Türkeistämmige Bundestagsabgeordnete fordert. Sofuoğlu wird in die Rolle des Erdogan-Verstehers gerückt – eine Rolle, die dem säkularen SPD-Mitglied nicht behagt.

„Es nervt, ständig Erdogan kommentieren zu müssen“, sagt Sofuoğlu. „Wir sind weder die Interessenvertretung

der Türkei noch der türkischen Regierung.“ Viel lieber als über Erdogan würde Sofuoğlu etwa über die Frage reden, wie mehr Türkeistämmige Führungspositionen im öffentlichen Dienst übernehmen könnten. Oder über den Tabubruch, den er morgen begehrt: In Stuttgart läuft die Türkische Gemeinde erstmals beim schwul-lesbischen Christopher-Street-Day mit.

Doch die hitzig geführte Türkei-Debatte kollidiert mit integrationspolitischen Anstrengungen. Viele Türken fassen die Türkei-Kritik als Kritik an ihnen, an den Türken im Allgemeinen auf. Der Unmut über die Armenien-Resolution des Bundestags, der den Massenmord an Armeniern im Osmanischen Reiches als Genozid eingestuft hat, und die Kritik an Erdogans Reaktion auf den Putschversuch markierten den vorläufigen Höhepunkt einer schon lange wachsenden Enttäuschung, meint Sofuoğlu.

„Es hat sich der Eindruck festgesetzt, dass die deutsche Politik nichts für die Türken im Land tut: Rückkehrprämien zu Zeiten Helmut Kohls, das Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft und zum kommunalen Wahlrecht, die vielen offenen Fragen zu den Morden des NSU – all das nährt bei den Menschen Zweifel daran, dass sie hier gewollt sind“, sagt Sofuoğlu. Erdogan weiß die Enttäuschung der Deutschtürken für sich zu nutzen. Und Sofuoğlu steckt in dem Dilemma, gegenüber der Bundespolitik die Interessen der Deutschtürken zu vertreten, von denen jetzt einige Ansichten hegen, die der Verbandschef ablehnt. Er sieht das so: „Es gibt keine Rechtfertigung für Menschenrechtsverletzungen.“

Solche Äußerungen sind in der Türkei Anlass genug, um Menschen zu drangsaliieren. Sofuoğlu weiß um die Tradition politischer Willkür im Land. Er verließ die Türkei 1980, einen Monat vor dem Militärputsch. Elf Jahre durfte er nicht einreisen. Als er 1991 einen Versuch wagte, hielt die Polizei ihn tagelang fest. Er würde in diesem Sommer gern seine Mutter wiedersehen. Aber er kann sich nicht sicher sein, dass diese Reise gut enden würde.



Für Erdogan – oder etwa für die Verschwörer? Differenzierte Antworten auf die Krise der Türkei sind derzeit nicht allzu sehr gefragt.

FOTOS: DPA (2)

„Schockierender Umbau“ der Türkei

Neuer Streit mit Berlin: Die Regierung in Ankara fordert Deutschland auf, Anhänger des Predigers Fethullah Gülen auszuliefern. Das sagte Außenminister Mevlüt Cavusoglu am Donnerstag dem Sender CNN Türk. Cavusoglu sprach von „manchen Richtern und Staatsanwälten“, die der Gülen-Bewegung angehört und sich in Deutschland aufhielten. Die Regierung macht den im US-Exil lebenden Prediger für den jüngsten Putschversuch verantwortlich. Berlin gerät mit dem Begehren in diplomatische

Schwierigkeiten. Ist es Teil des von der Türkei nach der Armenien-Resolution des Bundestags angekündigten „Aktionsplans“ gegen Deutschland?

Maulkorb für die Medien: Nach der Verhaftung Dutzender kritischer Journalisten fährt die Regierung massive neue Attacken gegen die Presse. Am Mittwoch ordnete sie die Schließung von 131 Redaktionen und Verlagen an. Kanzlerin Angela Merkel forderte Ankara erneut auf, die Rechtsstaatlichkeit zu wahren. SPD-Generalse-

ekretärin Katarina Barley wird schärfer: „Wie Erdogan den Umbau des Staates vorantreibt, ist schockierend. Jetzt muss der Europarat aktiv werden und rasch eine größere Beobachtermission entsenden, um sich ein Bild über den Zustand von Menschen- und Grundrechten in der Türkei zu machen.“ Eine „von der Regierung befeuerte Debatte über die Wiedereinführung der Todesstrafe“, Verhaftungen und Verfolgung „widersprechen den elementarsten Grundregeln des Europarats“.